



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 150/GP

19.05.2015

Huml legt ersten Bayerischen Präventionsplan vor - Regierungsklärung der Gesundheits- und Pflegeministerin - Offensive für mehr Selbstbestimmung im Alter

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml hat im Rahmen einer Regierungserklärung den ersten Bayerischen Präventionsplan vorgestellt. Huml betonte am Dienstag: "Mein Ziel ist eine Bürgerbewegung Prävention, bei der alle Menschen mitmachen. Gesundheitsförderung und Prävention müssen die gesamte Gesellschaft durchdringen! Dann können wir die Lebensqualität im Freistaat weiter steigern."

Mit dem Präventionsplan soll die Gesundheit der Menschen in Bayern deutlich verbessert werden. Dabei wirken alle Staatsministerien sowie staatliche und nichtstaatliche Organisationen mit. Vorgesehen ist unter anderem ein Ausbau der Früherkennung von Diabetes.

Zunächst dreht sich alles um die Kindergesundheit. Am Dienstag wurde im Internet eine Homepage dazu freigeschaltet. Huml erläuterte: "Unter www.ich-mach-mit.bayern sind wichtige Informationen zu finden. Am 17. Juni werde ich zudem unseren ersten bayerischen Kindergesundheitsbericht vorstellen. Damit haben wir eine umfassende Datenbasis für die weitere Arbeit."

Von Juli bis September dieses Jahres wird es ferner eine Ferienpass-Aktion geben, bei der die Themen Bewegung und Ernährung im Mittelpunkt stehen. Die Ministerin fügte hinzu: "Speziell um gesunde Ernährung geht es auch bei der Sonderausgabe eines Familienspiels, die wir gemeinsam mit einem Spieleverlag entwickelt haben. Es wird in Kürze in einer deutschen und einer türkischen Ausgabe erscheinen."

Der zweite Schwerpunkt der Regierungserklärung im Landtag mit dem Titel "Für eine menschliche und moderne Gesundheits- und Pflegepolitik in Bayern" ist der Erhalt einer wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Huml erläuterte: "Ich will mehr Ärzte aufs Land bringen. Außerdem werde ich die Digitalisierung und Vernetzung vorantreiben – zum Wohl der Patienten!"

Die Ministerin betonte: "Unsere Arztpraxen, Krankenhäuser und Pflegeheime sollen den größtmöglichen Nutzen aus der Digitalisierung ziehen. Ich will, dass die Digitalisierung bei den Menschen ankommt. Ein konkretes Beispiel dafür ist der neue 'Notdienste-Finder Bayern' des Gesundheitsministeriums. Diese App steht ab Juni



kostenlos zur Verfügung und hilft dabei, den Bereitschaftsdienst, den nächstgelegenen Zahnarzt oder die nächste Apotheke zu finden."

Huml fügte hinzu: "Mit Hilfe modernster Technik gelingt es uns bereits, Spezialwissen in die Fläche zu bringen. Die Telemedizin macht das möglich. Seit diesem Jahr gibt es in Bayern flächendeckend Netzwerke zur Versorgung von Schlaganfallpatienten. Das ist ein Erfolg unserer Politik. Davon profitieren die Menschen in Bayern!"

Erfolgreich war auch das Programm des Gesundheitsministeriums, mit dem die Niederlassung von Hausärzten auf dem Land gefördert wird. Es ist zum Jahreswechsel auf Kinder- und Jugendärzte ausgeweitet worden. Hinzukommen sollen nun alle grundversorgenden Facharztgruppen – zum Beispiel Augenärzte.

Großes Interesse gab es zudem an dem Programm "Gesundheitsregionen plus", mit dem lokale Netzwerke zur Verbesserung der Gesundheitsvorsorge und der medizinischen Versorgung der Menschen vor Ort gefördert werden. Huml berichtete: "Die Mittel für die zunächst vorgesehenen 24 'Gesundheitsregionen plus' waren innerhalb von 2,5 Monaten ausgeschöpft. Nun will ich die Zahl verdoppeln und habe dafür weitere Mittel beantragt."

Der dritte Schwerpunkt der Ministerin in den kommenden Jahren wird im Pflegebereich eine Offensive für mehr Selbstbestimmung im Alter sein. Huml betonte: "Die Menschen sollen stärker als bisher selbst entscheiden können, wo und wie sie im Alter leben wollen. Dabei spielen die Kommunen eine große Rolle, weil sie die Bedürfnisse der Menschen vor Ort kennen. Wir wollen den Kommunen deshalb die notwendigen Instrumente geben."

Die Ministerin fügte hinzu: "Wichtig ist zudem Barrierefreiheit in allen Pflege-Einrichtungen. Hier sind vor allem die Träger gefragt. Bei einem anderen Punkt hat das Bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium bereits gehandelt: Künftig muss nachts in Heimen mindestens eine Pflegekraft für 30 bis maximal 40 Bewohner anwesend sein. Das ist eine wichtige Verbesserung - auch für die Pflegekräfte!"

Huml verwies darauf, dass Bayern zudem etwas gegen die drohenden Personalengpässe in der Altenpflege unternimmt. Der im vergangenen Jahr von der Ministerin vorgelegte Fünf-Punkte-Plan für eine bessere Ausbildung in der Altenpflege wird konsequent umgesetzt. Dazu gehört unter anderem das Ziel, eine Ausbildungsumlage einzuführen.

Die Ministerin teilte ferner mit, dass die geplante Interessenvertretung für die Pflegekräfte im Freistaat "Bayerischer Landespflegering" heißen soll. Huml betonte: "Mein Konzept bietet eine realistische Chance, der Pflege eine starke Teilhabe an der politischen Willensbildung zu sichern. Der Bayerische Landespflegering wird wie eine Pflegekammer sein – aber ohne Zwangsbeitrag!"



In Berlin wird sich die Ministerin weiter energisch für bayerische Interessen einsetzen. Huml unterstrich: "Ich fordere unter anderem eine Reform des Risikostrukturausgleichs. Dieser Schatten-Länderfinanzausgleich in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) kann so nicht bleiben!"

Weitere Informationen zum Präventionsplan unter
<http://www.praeventionsplan.bayern.de/>.